

Herausgeber:

Industriegewerkschaft
Bauen-Agrar-Umwelt
Bundesvorstand
Vorstandsbereich III
Stellvertretender
Bundesvorsitzender

31.03.2004

Sozial- und beschäftigungspolitische Eckpunkte der IG BAU für den ländlichen Raum

Weshalb Politik für den ländlichen Raum?

Der ländliche Raum ist überlebensfähiger als Pessimisten seit Jahrzehnten behaupten. Der „*Idiotismus des Landlebens*“ (Karl Marx) ist ein Märchen von gestern. Auch die These vom sterbenden Dorf ist durch die Geschichte widerlegt. Das Dorf hat die Zuweisung und die Integration der Flüchtlinge nach dem zweiten Weltkrieg ebenso bewältigt wie die Flurbereinigung in den sechziger Jahren, die Rationalisierung und den Umbau der ländlichen Technologien.

„Kurz: der ganze Strukturwandel der Landwirtschaft ist vom Dorf verkräftet worden“, aber „Nun, angesichts der Osterweiterung der Europäischen Union, nach BSE-Krise und angesichts des längst fälligen Abbaus der Subventionen auch für die Landwirtschaft, grassieren wieder dramatische Bilder vom Ende der Landwirtschaft und des Dorfes.“ (Prof. Karl Schlögel).

Keine Frage: Der ländliche Raum hat sich verändert und wird sich weiter ändern. Das Berufsbild des Arbeitnehmers im Agrarsektor hat sich gewandelt und modernisiert. Knechte und Mägde von einst gibt es nicht mehr. Die Menschen, die in der Landwirtschaft arbeiten, sind hochqualifizierte Fachkräfte geworden. Angesichts der vielbeschworenen „*Multifunktionalität der Landwirtschaft*“ (EU-Kommissar Franz Fischler) haben die Arbeitnehmer im ländlichen Raum neue Verantwortung übernommen. Nachhaltigkeit, Umweltschutz und Erlebnistourismus sind nur drei Stichworte aus der Funktions-Debatte.

Die IG BAU und ihre Vorläuferorganisation GGLF haben die Europäische Agrarpolitik, den Wandel des Dorfes, den Umbau der Sozialstruktur, den Wegfall von mehr als einer halben Million Arbeitsplätzen, die Zunahme von ungesicherter Beschäftigung und Saisonarbeit in den letzten Jahrzehnten kritisch begleitet. Wir, d.h. unsere Kolleginnen und Kollegen „vor Ort“, unsere Betriebsräte und Sekretäre haben als Gewerkschaft des ländlichen Raums unter den Bedingungen eines schrumpfenden Sektors passable Lohn- und Sozialbedingungen in der Landwirtschaft erkämpft. Deshalb lassen wir uns von Unkenrufen und pessimistischen Stimmungen nicht beirren. Gerade in Zeiten der Resignation brauchen die Menschen auf dem Lande ein Sprachrohr, eine starke Gewerkschaft.



Die IG BAU setzt gegen Schwarzmalerei und Pessimismus eine neue Aufbruchstimmung und Optimismus. Doch wir wissen, uns wird nichts geschenkt. Wenn wir unsere Arbeitsplätze sichern, unsere Sozialstandards halten und ausbauen wollen, dann brauchen wir Initiative und neue Ideen. Deshalb hat die IG BAU thesenartig sozial- und beschäftigungspolitische Eckpunkte für den ländlichen Raum formuliert. Dazu gehört natürlich auch die Tarif- und Bildungspolitik. Denn der Erhalt von sozialen Standards und Beschäftigungssicherung ist nur auf den Fundamenten angemessener Einkommen und notwendiger Qualifikationen möglich.

Wir werden diese Thesen nicht wie einst Martin Luther an der Kirchentür von Wittenberg annageln, sondern mit modernsten Kommunikationsmitteln verbreiten. Die Kolleginnen und Kollegen in den Betrieben, den Bezirksverbänden und den Fachgruppen sind aufgefordert, diese Thesen zu diskutieren und ihre Ideen, ihre Kompetenz einzubringen. Wir müssen jetzt konkrete Initiativen zur Sozialpolitik, zur Arbeitsmarktpolitik und auch zur Bildungspolitik im ländlichen Raum entwickeln.

Für eine moderne zukunfts- und einkommenssichernde Tarifpolitik

Berufe und Aufgaben in der Landwirtschaft haben sich verändert und werden sich weiter verändern. Wer heute noch als Fachmann gilt, kann morgen schon von gestern sein. Mit unserer Tarifpolitik müssen wir diesen Wandel aufgreifen.

- Wir brauchen einen modernen flexiblen Tarifvertrag, denn die These vom „lebenslangen Lernen“ darf nicht Parole bleiben. Im Tarifvertrag müssen wir Qualifikationsmöglichkeiten für unsere Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer realisieren, die neben dem Erwerb von sozialen und lebenspraktikablen Fähigkeiten und Fertigkeiten eine lebenslange Weiterbildung mit angemessenen Aufstiegs- und Entwicklungsmöglichkeiten gewährleisten.
- Grundlage bleibt natürlich die Sicherung des Einkommens. Die Beschäftigten in der Landwirtschaft haben ein Recht darauf, dass Tarifverträge während ihrer Berufstätigkeit ein angemessenes Einkommen garantieren, das die Befriedigung ihrer wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Bedürfnisse ermöglicht.
- Nach der Arbeit kommt die Rente. Aber das Rentenniveau wird weiter abgesenkt. Deshalb brauchen wir eine Weiterentwicklung der betrieblichen Altersvorsorge mittels tarifvertraglicher Regelungen. Über die betriebliche Altersvorsorge hinaus muss auch die tariflich geregelte Zusatzversorgung den neuen Bedingungen angepasst werden. Nur wenn für unsere landwirtschaftlichen Arbeitnehmer ein sorgenfreier Ruhestand gewährleistet ist, der Altersarmut ausschließt, werden Agrarberufe attraktiv bleiben. Lücken in der Altersversorgung provozieren Arbeitskräftemangel und führen mittel- bis langfristig zu einer Dequalifizierung in den landwirtschaftlichen Berufen.



- Deutschland ist ein großes Land und die Bedingungen für die Landwirtschaft sind in den Regionen unterschiedlich. Die Magdeburger Börde oder das Alte Land haben andere geografische Voraussetzungen als der Märkische Sand und die Lüneburger Heide. Landwirte arbeiten auf den Höhen der Eifel unter anderen Voraussetzungen als ihre Kollegen auf der Schwäbischen Alb. Aber am deutschen Agrarmarkt, ebenso am europäischen und auch am globalen, konkurrieren ihre Produkte unter ähnlichen Bedingungen. Deshalb brauchen wir weitere Vereinbarungen zum Ausgleich der Lohnunterschiede innerhalb der einzelnen Regionen. Und wir werden angesichts zunehmender kontinentaler Wanderbewegungen auch das Fernziel des Ausgleichs enorm klaffender Lohnschere in Europa nicht aus dem Auge verlieren.

Für eine neue Sozial- und Arbeitsmarktpolitik

Soziale Standards müssen eingeführt und verbindlich umgesetzt werden.

- Noch immer fließen fast 50% des Haushalts der Europäischen Union in den Agrarsektor. Es sind die sozialversicherungspflichtig Beschäftigten unseres Landes, die europaweit den größten Anteil für diesen Haushalt mit ihrem Steueraufkommen decken. Die IG BAU unterstützt die Hilfen für benachteiligte europäische Länder, denn die Gewerkschaften haben kein Interesse an der Erhaltung des enormen Sozial- und Lohngefälles in einem vereinten Europa. Aber wir fordern auch, dass diejenigen, die die Zeche bezahlen, wenigstens einen Teil der Mahlzeit abbekommen.

Konkret:

Wir fordern von der deutschen Regierung die Umsetzung der europäischen Verordnung über Direktzahlungen im Rahmen der Gemeinsamen Agrarpolitik, nach der zur Grundanforderung an die Betriebsführung auch die Gesundheit des Menschen gehört.

Denjenigen Unternehmen, die sich nicht an die Bestimmungen des Arbeits- und Gesundheitsschutzes halten und gegen diese grob verstoßen, gehört die Subvention gekürzt oder gänzlich gestrichen!

- Ganzjährige Arbeit und die Absicherung der Weiterbeschäftigung in jahreszeitabhängigen Berufen sind in anderen Branchen längst selbstverständlich. Die Landwirtschaft darf da nicht länger hinterherhinken. Es mangelt nicht an Ideen und Initiativen für eine ganzjährige Beschäftigung. Packen wir es an! Auch wenn Reformen unseres Sozialsystems notwendig sind: Landwirtschaftliche Arbeitnehmer dürfen nicht dafür bestraft werden, wenn bereits existierende Tarife zur ganzjährigen Beschäftigung nicht angewendet werden. Dies gilt besonders für die sozialen Folgen des Vierten Gesetzes für moderne Dienstleistungen am Arbeitsmarkt durch die Bundesregierung. Das Arbeitslosengeld II darf nicht zur existenzgefährdenden Lohnersatzleistung mutieren, zumal häufig durch die Saisonabhängigkeit des Agrarbereichs jährliche Arbeitszeiten in einem viel kürzeren Zeitraum geleistet werden.

- Chancengleichheit steht auch in den landwirtschaftlichen Betrieben ganz weit oben auf der Tagesordnung. Die Novelle des Betriebsverfassungsgesetzes eröffnet den Betriebsräten neue Chancen, in Sachen Gleichstellung aktiv zu werden. Ob geschlechtsspezifische Entlohnung oder beruflicher Aufstieg, fehlende Kinderbetreuung oder ungünstige Arbeitszeiten. Das Gesetz verpflichtet den Betriebsrat, die tatsächliche Gleichstellung der Geschlechter sowie die Vereinbarkeit von Familie und Beruf zu fördern und bietet dazu einige Instrumente. Wir wollen die Betriebsrätinnen und -räte stützen, die dieses Instrument anwenden, damit sie die neuen Möglichkeiten in ihrem gesamten Umfang wahrnehmen können, denn Gleichstellung ist nicht nur eine Frage der Gerechtigkeit sondern auch der Wettbewerbsfähigkeit der Unternehmen.
- Neue Ideen sind wichtig und werden von uns unterstützt. Aber: Scheinselbständigkeit oder Ich-AG's sind kein Ersatz für sozialversicherungspflichtige Arbeitsverhältnisse. Sie spotten dem existierenden Facharbeitermangel in der Landwirtschaft. Sie tragen allenfalls dazu bei, den heutigen Mangel zur Krise zu machen.
- Die Arbeit in der Landwirtschaft ist eine qualifizierte, anspruchsvolle Arbeit. Die IG BAU ist nicht gegen Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen. Doch das Instrument ABM wurde zur Wiedereingliederung von Arbeitnehmern vor den Zeiten der Massenarbeitslosigkeit entwickelt. Wenn solche Maßnahmen bloß noch Arbeitslosenquoten schönen, gefährden sie die Eingliederungsziele und drängen Qualitätsansprüche in den Hintergrund.

Saisonarbeit

Saisonarbeitskräfte dürfen gegenüber ständig Beschäftigten nicht diskriminiert werden, damit keine Zweiklassengesellschaft auf dem Land entsteht.

Die transnationale Mobilität der Arbeitskräfte in der Landwirtschaft nimmt ständig zu. Dem muß Rechnung getragen werden!

- Hierzu müssen Hungerlöhne perspektivisch durch auskömmliche, tarifliche Löhne abgelöst werden.
- Die Wohnsituation von Saisonarbeitskräften spitzt sich zur zentralen Frage zu, sie ist weit mehr als ein sozialpolitisches Problem. Menschenwürdige Unterkünfte sind auch ein Teil des Arbeits- und Gesundheitsschutzes. Deshalb ist eine Integration von Wohnstandards für WanderarbeitnehmerInnen in die Arbeitsstättenverordnung notwendig. Die IG BAU hat Vorschläge für kostengünstige Saisonarbeiterwohnungen entwickelt, welche die Wettbewerbsfähigkeit der betroffenen Betriebe nicht schmälern, gleichzeitig aber faire Konkurrenzbedingungen fördern.



- Die Arbeitsbedingungen von WanderarbeitnehmerInnen müssen denen von festangestellten Beschäftigten gleichgestellt werden. Deshalb müssen Wanderarbeitnehmer in unser Rentenversicherungssystem integriert werden.
- Um die berufliche Mobilität und die Freizügigkeit der Arbeitnehmer in der Europäischen Union zu erleichtern und transparenter zu machen, müssen die Arbeitnehmer landwirtschaftlicher Betriebe die Möglichkeit haben, sich ein Dokument ausstellen zu lassen, in dem die beruflichen Qualifikationen im Bereich der Aus- und Weiterbildung sowie aller Kompetenzen bescheinigt werden.

Bildungspolitik und Beschäftigung

Mit regionalen Bündnissen für Bildung und Beschäftigung wollen wir Initiativen initiieren und unterstützen, um uns über politische und soziale Grenzen hinweg für neue Arbeitsplätze einzusetzen.

Bildungspolitik ist für die IG BAU keine Frage der Förderung von Eliteuniversitäten. Sie muss vielmehr bei den unmittelbaren Bedürfnissen der Menschen ansetzen und für diejenigen, die mit ihrem Steueraufkommen die Bildung finanzieren, fassbar werden. Bildungsangebote müssen gerade im ländlichen Raum strukturpolitisch ausgerichtet und für die Betroffenen konkret nutzbar werden.

Die immer unübersichtlicher werdenden Bestimmungen des Arbeits- und Sozialrechtes, die notwendige Anpassung an neue ökologische, wirtschaftliche und soziale Bedingungen machen eine Beratung der Arbeitnehmer im ländlichen Raum immer dringender.

Schwerpunkte sind:

- Bildungsberatung,
- Beratung bei drohender Arbeitslosigkeit, im Bereich der Alterssicherung und bei strukturellen Veränderungen im Betrieb und in der Region.

Arbeitnehmer können gerade im ländlichen Raum nicht abseits stehen, wenn es um die Zukunft ihrer Region geht. Viele Entscheidungen, die den Arbeitsplatz, das Lebensumfeld, kulturelle und soziale Einrichtungen, kurz die gesamte Entwicklung der Region betreffen, sind politisch veränderbar.



Gewerkschaften haben die Möglichkeit, sich einzumischen. Grundlage dafür ist auch eine Weiterbildung, die zur Eigeninitiative qualifiziert. Bildung darf nicht nur Fachwissen transportieren, sondern muss die Menschen zum Handeln motivieren.

- In allen ländlichen Regionen sind auf regionaler Ebene „Werkstätten ländlicher Entwicklung“ zu installieren. Dort sollen die wichtigen Akteure (Abgeordnete, Verwaltungschefs, Bauernverbände, Gewerkschaften, Kirchen etc.) die Probleme des ländlichen Raumes bearbeiten.

Eine so verstandene anti-elitäre und regionalbezogene Bildungspolitik schließt wesentliche Elemente von Strukturpolitik, Regionalpolitik und Beschäftigungspolitik mit ein.

IG Bauen-Agrar-Umwelt, Bundesfachgruppe Landwirtschaft

(einstimmiger Beschluss der Bundesfachgruppe 11.März 2004)

